

Empfehlungen des Fachforums Kommunales an politische Entscheidungsträger für die 19. Legislaturperiode

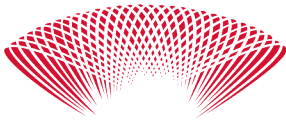
Kommunale Unternehmen sind zentrale Infrastrukturdienstleister und wesentliche Impulsgeber für die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Stabilität in Deutschland und seinen Regionen. Aus ihrem Auftrag, eine sichere Daseinsvorsorge für alle zu gewährleisten, erwächst eine Verpflichtung – sie können sich nicht einfach verabschieden, wenn das Geschäft nicht mehr lukrativ ist. Deshalb brauchen sie besondere Rahmenbedingungen. Das Fachforum Kommunales möchte mit diesen Anregungen und Empfehlungen seiner Mitglieder einen Beitrag zur sinnvollen Weiterentwicklung des politischen Rahmens für die Kommunalwirtschaft leisten.

Fairer ordnungspolitischer Rahmen für kommunale Unternehmen

- Die Unternehmen in der Kommunalwirtschaft gewährleisten in Deutschland die kontinuierliche, umweltverträgliche und preiswerte Bereitstellung vielfältiger Dienstleistungen für die Bürgerinnen, die Bürger und die Wirtschaft. Sie beschäftigen allein im Bereich Ver- und Entsorgung mehr als 730.000 Menschen, hinzu kommen rund 236.000 Beschäftigte im ÖPNV. Diese Unternehmen sind durch ihr Wirken ein wesentlicher Faktor für die Steigerung der regionalen Wertschöpfung. Die wachsenden regulatorischen und bürokratischen Anforderungen, die sich aus den Entscheidungen verschiedener politischer Ebenen ergeben, stellen jedoch zunehmend ein Risiko für den Unternehmenserfolg dar. Um auch zukünftig eine hochwertige Versorgung leisten zu können, sind faire und bundesweit vergleichbare ordnungspolitische Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit nötig. Das Gemeindefinanzrecht bedarf daher einer Modernisierung und Harmonisierung. Ein länderübergreifender politischer Konsens für einen einheitlichen und verlässlichen Rechtsrahmen für die Kommunalwirtschaft ist erstrebenswert und sollte auf Bundesebene gefördert werden. Wir setzen uns für einen fairen Wettbewerb um die besten Lösungen zwischen Privatwirtschaft und kommunalen Unternehmen ein.
- Ferner regen wir an, vor der Einführung neuer arbeitsrechtlicher Regulierungen deren Folgen für Unternehmen und Arbeitnehmer genauestens zu prüfen. Eine zu starke Einschränkung der Flexibilität unternehmerischen Handelns kann negative Auswirkungen auf die Arbeitnehmer haben.

Subsidiarität und solide Finanzen

- Lebenswelten, Innovationen und Engagement finden vor Ort statt, auch im digitalen Zeitalter. Daher müssen kommunale Strukturen gestärkt werden, die Vielfalt und Pluralität fördern. Der Subsidiaritätsgedanke muss ein zentrales Leitbild im Gesetzgebungsprozess sein, ebenso die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.
- Die stabilitätstiftenden und föderativen Strukturen Deutschlands dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf die aktuellen europäischen und internationalen Diskussionen zur Begrenzung der Staatsfinanzierung und der Verankerung einer Insolvenzordnung.



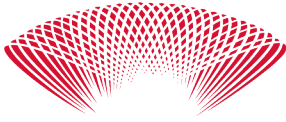
- Damit die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können, ist neben der Stärkung kommunaler Wirtschaftsstrukturen auch die Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung, beispielsweise über den (kommunalen) Finanzausgleich entscheidend. Wir begrüßen das Vorhaben der SPD, die kommunalen Einnahmequellen zu sichern, die Grundsteuer zu reformieren und die Gewerbesteuer zu stabilisieren. Weitere Entlastungen der Kommunen von Sozialkosten und eine bundespolitische Unterstützung beim Abbau von kommunalen Altschulden sind die richtigen Maßnahmen.
- Wir begrüßen darüber hinaus ausdrücklich das starke Bekenntnis der SPD zu umfangreichen Investitionen in unsere öffentlichen Infrastrukturen – diese müssen flächendeckend erfolgen, denn nur so kann einem weiteren Auseinanderdriften von strukturschwachen und –starken Regionen entgegengewirkt werden.

Stärkung regionaler Finanzpartner

- Die Sparkassen zählen zu den wichtigsten Finanzierungspartnern der Kommunen und kommunalen Unternehmen in Deutschland. Ihr öffentlicher Auftrag bezieht sich auch auf die Kreditierung inländischer kommunaler Aufgaben. Als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute sind sie eng mit ihren kommunalen Trägern verbunden. Ein solches dezentrales Bankensystem fördert, ebenso wie ein regional aufgestellter Mittelstand, gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Verbindungen zwischen Sparkassen und ihren kommunalen Trägern müssen weiter gestärkt werden, denn sie sichern den regionalen Bezug des Handelns. So wirken auch die Sparkassen mit ihrer kommunalen Verankerung und in ihrer besonderen strukturellen Ausgestaltung und Zielsetzung Konzentrationsbewegungen mit steigenden Disparitäten entgegen. Faktoren wie räumliche Nähe in der Kunden-Bank-Beziehung, regional integrierte Bankenmärkte und regionale Verantwortungsübernahme können Finanzkrisen abmildern und die kreditwirtschaftliche Versorgung auch in schwachen Räumen aufrechterhalten. Nähe und Kenntnis örtlicher Besonderheiten sind nicht gleichzusetzen mit negativer politischer Einflussnahme und Interessenkonflikten.

Moderner und leistungsfähiger ÖPNV

- Der Anteil des ÖPNV im Markt der Verkehrsträger sollte deutlich erhöht werden. Mehr Mobilität mit Bus und Bahn bedeutet weniger Individualverkehr und Stau sowie weniger Straßeninfrastruktur und eine bessere Klimabilanz. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es seitens der öffentlichen Hand mehr Investitionen für umwelteffiziente Fahrzeuge, Infrastrukturen und für den Betrieb. Dies sollte durch die Politik mit entsprechenden Finanzierungsinstrumenten unterstützt werden. Dazu gehören auch neue, zusätzliche Finanzierungsinstrumente, wie bspw. eine Drittnutzerfinanzierung für den ÖPNV.
- Um eine attraktive Alternative zum Individualverkehr darzustellen, ist eine beschleunigte Modernisierung des ÖPNV wünschenswert. Da die meisten Städte und Kommunen dabei weiterhin auf eine auskömmliche Mitfinanzierung aus Mitteln des Bundes und der Länder angewiesen sind, sind eine bedarfsgerechte Dotierung öffentlicher Mittel und eine verkehrliche Zweckbindung dieser Gelder nötig. Dazu gehört auch, dass die bestehenden Instrumente der



öffentlichen Verkehrsfinanzierung weiterentwickelt werden, etwa durch die schon genannte Drittnutzerfinanzierung oder etwa Fondsmodelle.

- Der ÖPNV ist Teil der staatlichen Daseinsvorsorge und braucht angemessene gesetzliche Rahmenbedingungen. Neben einer auskömmlichen Finanzierung, bspw. für das Ziel einer vollständigen Barrierefreiheit im ÖPNV, gehört dazu auch, dass Nahverkehrspläne verbindlich sein müssen.